

Parteienstreit um Unterberger

Der Chefredakteur der "Wiener Zeitung" hat Herbert Schaller im Amtsblatt der Republik einen Gastkommentar schreiben lassen.



Andreas Unterberger.

SPÖ und Grünen schießen sich auf den Chefredakteur der "Wiener Zeitung", Andreas Unterberger, ein. ÖVP, FPÖ und BZÖ verteidigen Unterberger.

Anlass ist ein Gastkommentar von Herbert Schaller, Verteidigers des britischen Holocaustleugners David Irving, der im Jänner in der "Wiener Zeitung" zu lesen war. Darin hatte der Jurist Kritik am Obersten Gerichtshof (OGH), am NS-Verbotsgesetz und an SP-Justizsprecher Hannes Jarolim geübt und das Urteil gegen seinen Mandanten David Irving als "rechtsstaatlich skandalös" bezeichnet.

Dass Schaller in der "Wiener Zeitung" zu Wort kommen durfte, verteidigte Unterberger so: "In jenem Gastkommentar ging es weder um die Teheraner Konferenz noch um Holocaust-Leugnung." Letzteres habe ihm Brigitte Bailer, Chefin des Dokumentationsarchivs, in einem Brief "ausdrücklich bestätigt". "Es ging vielmehr um eine juristische Debatte nach einer Richter-Schelte des Abgeordneten Jarolim, von dem ich sogar zweimal Gastkommentare veröffentlicht habe - vor und nach Schaller."

Im Zusammenhang mit dieser Causa haben die Grünen eine parlamentarische Anfrage an Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (S) "betreffend rechtsextreme Kommentare im Amtsblatt der Republik" gestellt und welche Schritte Gusenbauer zu unternehmen gedenke, "um ähnlichen Vorfällen künftig vorzubeugen".

Auch Teile der SPÖ fordern offen die Ablöse Unterbergers, der konservative und wirtschaftsliberale Journalist war noch unter Kanzler Schüssel als Chefredakteur engagiert worden.

Verteidigung

Rückendeckung bekommt Unterberger aus den Reihen von ÖVP, FPÖ und BZÖ. Dort spricht man von einer Hetzjagd und sieht die Pressefreiheit in Gefahr.

"Es ist Jagdsaison, und die Hatz auf Chefredakteur Andreas Unterberger ist eröffnet", meinte etwa ÖVP-Mediensprecher Franz Morak: "Wir sind Zeugen einer beginnenden Kampagne gegen einen anerkannten Journalisten, deren Ziel bereits jetzt absehbar ist: Das Ausschalten eines Unbequemen."

FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky sprach von "Perfidie" und einer "niederträchtigen Kampagne". Offenbar wäre es SPÖ und Grünen am liebsten, wenn die Zensur wieder eingeführt würde. Ähnlich die Einschätzung im BZÖ: "Es ist unfassbar, mit welchen Mitteln der Verleumdung und gezielten Kreditschädigung sowohl SPÖ als auch die Grünen versuchen, einen Journalisten auf das Unmenschlichste zu ruinieren und weg zu mobben", so BZÖ-Generalsekretär Gerald Grosz.

Artikel vom 14.06.2007, 14:44 | apa | jos